

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 2

Artikel: Doppelwarnungen in Polen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094416>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Doppelwarnungen in Polen

Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Polen geht es nur vordergründig um die Fünftageweche. In Wirklichkeit beharren die unabhängigen Gewerkschaften nicht auf «ökonomisch unvernünftigen Forderungen», sondern auf einem Prinzip: dass der Apparat sich nicht eigenmächtig über getroffene Vereinbarungen hinwegsetzt und seine neuen Partner anhört, bevor er etwas beschliesst. Und damit haben sie ganz einfach recht. Andererseits laufen die Warnungen der Gegenseite darauf hinaus, dass sich die Solidarnosc nicht unterstellen sollte, ihre theoretisch anerkannte Stellung auch noch praktisch behaupten zu wollen. Wer erteilt die Lektion wem?

In ihren Vereinbarungen mit den Arbeitern vom letzten Sommer hatte sich die Regierung ausdrücklich dazu verpflichtet, die Fünftageweche ab 1.1.1981 einzuführen. Dieses Versprechen wurde unter Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage einseitig gebrochen.

Das Thema hinter dem Nichtthema

Nun, die Gewerkschaftler wissen über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten selber Bescheid. Sie spüren sie im Unterschied zu den Privilegierten im Apparat am eigenen Leib; da braucht man sie nicht zu belehren. Aber sie wollen sich einen diesbezüglichen Entscheid nicht von Unbefugten abnehmen lassen.

Lech Walesa hat nichts gegen Mehrarbeit einzuwenden, wohl aber etwas gegen die Machtanmassung der Parteiführung:

«Wir sind bereit, auf die Fünftageweche zu verzichten, ja sogar samstags unentgeltlich zu arbeiten; das Geld nützt uns ja ohnehin nichts, wenn die Läden leer sind und es nichts zu kaufen gibt. Hingegen geht es nicht an, dass die Partei gültige Vereinbarungen einseitig bricht. Sie hat uns zu konsultieren. Wir dürfen keinen Präzedenzfall zulassen, sonst wird man uns später immer übergehen.»

Und genau darauf tendiert denn auch die Parteiführung. Das ist schon ihr Reflex; die sozialistische Machtausübung ist nun einmal selbstherrlich und autoritär. Zur Einsicht in die Notwendigkeit von Machtabgabe kommen Kommunisten nur, wenn sie müssen.

Der Apparat hat die Auseinandersetzung um die freien Samstage mit Absicht inhaltlich hochgespielt, um kämpfende Gewerkschaftler entweder als unverantwortliche Chaoten oder als konterrevolutionäre und antisozialistische Elemente hinzustellen.

Am 10. Januar hatte ein erster Warnstreik stattgefunden; etwa 80 Prozent der Arbeiter machten mit. Parteichef Kania sagte, eine Situation mit zwei Machtzentren sei unhaltbar. Aber für einen offenen Grosskonflikt fühlte sich die Partei zu schwach; die Stimmung im Land ist gegen sie. Deshalb die Dauerversuche mit der Salamitaktik.

Nur keine Bauerngewerkschaft

An der Peripherie hingegen hat man es auf einen offenen Konflikt ankommen lassen. Im Südosten des Landes wurde dem Bauernverband «Solidarnosc wiejska» (Landsolidarität, Solidarität auf dem Dorfe) die Anerkennung verweigert. Das führte in den Städten Nowy Sacz und Ustrzyki Dolne zur Besetzung öffentlicher Gebäude. Die

Behörden setzten zur Räumung die Polizei ein, was wiederum 800 000 Arbeiter der Region zu einem Warnstreik veranlasste. Man musste alle Verhafteten freilassen. Der Partei fiel nichts anderes ein, als vom «Einfluss der Grossgrundbesitzer» zu reden; warum nicht gar der Höhlenbewohner?

In der Sache bleibt der Kampf unentschieden. Die Partei will keinem unabhängigen Bauernverband gegenüberstehen müssen.

Man duldet zwar seit 1956 die Existenz von privaten Bauern, aber man hat sie wirtschaftlich regelrecht erdrosselt, um sie kollektivierungsreif zu machen. Das gehört mit zu den Gründen für die heutige Versorgungskrise, und die halbamtlichen Versuche, den Spiess umzukehren und den schikanierten Privatbauern die Schuld zu geben, sind überaus schäbig. Wenn man sie weniger benachteiligen und kujonieren würde, könnten sie das Land zu neuer Blüte bringen.

Polen hatte vor der KP-Machtergreifung seine Agrarüberschüsse exportieren können. Das wäre auch heute möglich, aber die Partei zieht brach-

liegende Felder einer florierenden Privatlandwirtschaft vor.

Die polnischen Bauern sind der Gnade von Parteifunktionären ausgeliefert, um vegetieren zu können. Eine Bauerngewerkschaft könnte der Landbevölkerung mehr Rechte erwirken, aber gerade das ist oben unerwünscht.

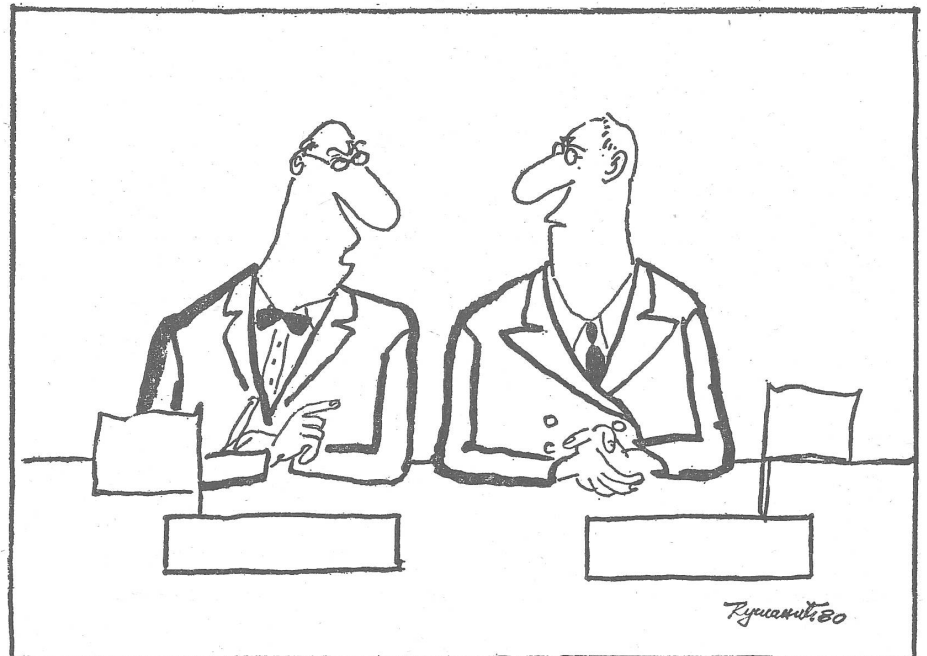
Runde für Runde

Unterdessen hat Solidarnosc ihren Kampf wieder aufgenommen.

Lech Walesa, aus Rom nach Warschau zurückgekehrt, hatte zuerst noch hoffnungsvoll über die Möglichkeit von «Kompromiss und Einigung» gesprochen, als er zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Pinkowski eingeladen wurde. Doch die Einladung erwies sich als Vorladung. Pinkowski drohte mit dem Einsatz von (polnischen) Streitkräften gegen konterrevolutionäre Elemente (was ohne brüderliche Nachhilfe eine ungewisse Drohung bleibt), und Walesas versöhnliche Stimmung hielt dementsprechend auch nicht an. Die Unterredung verlief «äusserst hart und erfolglos».

So hat Solidarnosc beschlossen, sich an die rechtskräftige Vereinbarung mit der Regierung zu halten und die Samstage grundsätzlich als arbeitsfreie Tage zu betrachten, solange die Aufhebung der Fünftageweche ihren Charakter als einseitige und rechtsunwirksame Entscheidung behalte. Deshalb die Aufforderung, am 24. Januar nicht zur Arbeit zu gehen.

Auf die Drohung mit Gewaltanwendung haben die Gewerkschaften mit der Anordnung an die Arbeiter reagiert, «im Falle einer Konfrontation in den Betrieben zu bleiben und die weitere Entwicklung abzuwarten». Das wäre also nichts anderes als eine Wiederholung der Streiks mit Betriebsbesetzung, die im August des letzten Jahres die Dinge in Fluss gebracht hatten. ddm



Die Grossen über die Mitbestimmung. «Bitte, mischen Sie sich nicht in unsere Angelegenheiten ein.» – «Na, und was ist mit Polen?» – «Ja, das ist das Problem mit den Polen, dass die sich immer in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen.» («Politika», Belgrad, 21. 12. 1980.) Dreimal darf man raten, wer da so spricht.